

» WIR WOLLEN IN DER SCHULE KEINEN OFFIZIER «

Reinhard Wagner ist in der GEW und Lehrer für Fachkunde für Maler und Lackierer, Englisch und Sozialkunde

Reklamefeldzüge der Bundeswehr, um Jugendliche als Soldatinnen zu gewinnen, haben bundesweit zugenommen. Wie sieht ihr diese Entwicklung?

REINHARD: Das Bestreben, durch Vorträge von Jugendoffizieren vor Schulleitern die Wege in die Klassenräume zu ebnen, wo es – wie in Berlin – kein Kooperationsabkommen zwischen Schulbehörde und Bundeswehr gibt, erscheint folgerichtig in einer Zeit, in der die Bundeswehr gewandelt wird zu einer weltweit einsatzfähigen, professionellen Interventionsarmee, denn »Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Deutschlands und Europas von vitaler Bedeutung. Die Erschließung, Sicherung von und der Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten werden weltweit neu geordnet.« (aus den Verteidigungspolitischen Richtlinien).

Dumm ist nur, dass viele Staatsbürger da nicht mitziehen, also wird die Werbung um Zustimmung – durch Jugendoffiziere in den Schulen – und das Bewerben der Bundeswehr als Arbeitgeber – durch Wehrdienstberater, die früher zutreffender Werber hießen – mit ständig wachsenden Etats weiter ausgebaut werden.

Es gibt in einigen Bundesländern Kooperationsabkommen zwischen den Kultusministerien und der Bundeswehr. Was beinhalten diese Abkommen?



REINHARD: Diese Kooperationsabkommen sind Türöffner von oben in den Unterricht, Schulleitungen und Lehrern wird durch den Weisungscharakter der Vereinbarungen eine Verpflichtung suggeriert, die Spezialisten der Bundeswehr einzuladen zu abzudeckenden Themenbereichen wie Internationale Beziehungen, Sicherheitspolitik und Terrorismus. In die Ausbildung von Lehrer/innen hingegen wurden tatsächlich obligatorische Veranstaltungen mit Jugendoffizieren eingebaut.

Was können Schülerinnen und Lehrerinnen tun, wenn sie keine Werbung der Bundeswehr an ihrer Schule zulassen wollen?

REINHARD: Schulische Gremien, die Gesamtkonferenz der Lehrkräfte, die Schüler- und Elternvertretung, die Schulkonferenz sollten präventiv Beschlüsse fassen, um öffentlichkeitswirksam zu verdeutlichen: Wir wollen in unserer Schule keinen Offizier sehen. So werden noch am wirksamsten Jugendoffiziere oder Wehrdienstberater davon abgehalten, sich mittels ihrer

regelmäßigen Briefe an die Fachbereichsleitungen für Sozialkunde selbst einzuladen und leicht beeinflussbare Lehrer und Schulleitungen werden entmutigt, Einladungen auszusprechen. Sollte doch eine Einladung ausgesprochen worden sein, bieten sich Aktionen vor und in der Schule an, um deutlich zu machen, dass nicht alle Mitglieder der Schulgemeinschaft erbaut sind über den Besuch. Für den Fall, dass all dies nicht zum Erfolg führt, bleibt als letzter Weg noch der individuelle Antrag auf Unterrichtsbefreiung aus Gewissens-

gründen. Ausführlichere Infos zu allen drei Möglichkeiten auf unserer Website schule-ohne-militaer.de.

Am 24. März 2011 hat die Schulkonferenz des Robert-Blum-Gymnasiums in Berlin-Schöneberg beschlossen, die Bundeswehr nicht in die Schule zu lassen. Als »Schule ohne Militär« lehnt sie eine Zusammenarbeit im Bildungsbereich mit der Bundeswehr grundsätzlich ab. Die CDU und andere haben sich gegen diesen Beschluss gewandt, da die Bundeswehr eine Institution mit Verfassungsrang sei. Was sagst du zu dieser Position?

REINHARD: Auch die Bundeskanzlerin oder der Verteidigungsminister sind Institutionen mit Verfassungsrang. Ich würde aber im Traum nicht daran denken, sie meinen Unterricht ganz oder teilweise übernehmen zu lassen, denn weder die jeweilige Regierung noch der Werbestrategie qua Amt für die Bundeswehr, der an Befehle gebundene Jugendoffizier, sind in der Lage, die Anforderungen des Beutelsbacher Konsens' an politischen und sozialkundlichen Unterricht zu erfüllen: Was gesellschaftlich kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen, auch wenn es dem Lehrer nicht passt. Und die Schüler dürfen von der Meinung der Autorität nicht überumpelt werden. Ein Lehrer weiß das, hat es gelernt und kann das, eine Bundeskanzlerin oder ein Jugendoffizier nicht, denn sie haben ganz andere Aufgaben.